

EL SALVADOR: Obama und der Schwangerschaftsabbruch

28.03.2011 11:58

Von Lucía Lagunes Huerta*

(Mexiko-Stadt, 22. März 2011, cimac).- Mitten in der Diskussion um Migrationspolitik, wirtschaftliche Wiederbelebung und Sicherheit, die anlässlich des Besuchs von US-Präsident Barack Obama in El Salvador aufgeflammt ist, wurde auch die Forderung nach der Entkriminalisierung von Abtreibungen zum öffentlich diskutierten Thema gemacht.

Schwangerschaftsabbrüche zweithäufigste Todesursache

Heute, am 22. März, hat die Bürgerinitiative für die Straffreiheit des therapeutischen, ethischen und eugenischen Schwangerschaftsabbruches (Agrupación Ciudadana por la Despenalización del Aborto Terapéutico, Ético y Eugénico) an Präsident Obama appelliert, auch die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in die politische Agenda mit aufzunehmen, denn Abtreibungen sind die zweithäufigste Todesursache bei Frauen in El Salvador.

Und nicht nur das. In El Salvador sterben so viele Frauen bei Abtreibungen, die unter prekären Bedingungen vorgenommen werden, wie nirgendwo sonst in der Region. Das belegen Angaben der „Regionalen Kampagne für eine freie und gewollte Mutterschaft“ (Campaña Regional por Una Maternidad Libre y Voluntaria), die in Mexiko, Nicaragua, Honduras, Guatemala und El Salvador arbeitet.

Selbstmorde wegen ungewollter Schwangerschaften

Laut Statistiken des Gesundheitsministeriums wurden 25 Prozent aller Neugeborenen zwischen 2003 und 2008 von Müttern zur Welt gebracht, die jünger als 20 Jahre waren. Die Müttersterblichkeit liegt bei 71 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten [zum Vergleich: In Deutschland liegt die Müttersterblichkeit bei 5 Frauen pro 100.000 Lebendgeburten, Anm. d. Ü.]. Von den Müttern, die sterben sind 27 Prozent noch Jugendliche und 16 Prozent der Todeszahlen gehen auf Selbstmorde angesichts ungewollter Schwangerschaften von Jugendlichen unter 20 Jahren zurück.

Ebenso wie in 17 mexikanischen Bundesstaaten werden auch die Frauen in El Salvador strafrechtlich verfolgt, wenn sie versuchen abzutreiben. Wiederholt gab es Todesdrohungen gegen Frauen, die ein ungeborenes Kind verloren haben oder wo ein Kind tot zur Welt kam, wie in den mexikanischen Bundesstaaten Baja California und Guanajuato.

Firstlady-Programm: Frauenrechte ja, Abtreibung nein

Beim Staatsbesuch werden die Firstladies der Vereinigten Staaten und El Salvadors ihre eigene Agenda haben. Darauf sind auch die Frauenrechte vorgesehen. Das ist der Grund, weshalb Michelle Obama nicht nur das Projekt von Vanda Pignato, Ciudad Mujer, besuchen sondern auch eine Spende überreichen wird, damit Ciudad Mujer die Salvadorianerinnen angesichts der Gewalt, die sie erleben, schützt und begleitet - wo aber Schwangerschaftsabbrüche, soweit bekannt, nicht Thema sein werden.

Kein einziges Pressemedium hat dieses Thema aufgegriffen. Lediglich die Bürgerinitiative für die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs tut dies mittels eines Aufrufs in der Zeitung Prensa Gráfica, einem der wichtigsten Medien des Landes.

Obama soll Verletzung von Frauenrechten ansprechen

Die Initiative ruft Obama dazu auf, eine "Reflektion von den führenden Persönlichkeiten des Landes" bezüglich der Kriminalisierung von Abtreibungen als einer Verletzung der Menschenrechte der Frauen zu fordern. Zudem erklärt die Initiative, dass die Verfassungsrechte von Frauen, die aus verschiedenen Gründen einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen müssen, verletzt werden: ihre

physische Unversehrtheit und ihre persönliche Würde würden systematisch von den Behörden verletzt.

Die Frauenfeindlichkeit der Regierung gehe sogar soweit, dass Frauen für Frühgeburten oder den Verlust des Fötus zu Haftstrafen von bis zu 30 Jahren verurteilt werden, wegen Mord in besonders schwerem Fall.

Diese Situation müsse ein Ende haben. Frauenrechte sind auch Verfassungsrechte und Menschenrechte. Das heißt, keine Regierung darf diese Rechte beschneiden, so wie es in El Salvador gerade geschieht, schließt der Aufruf. Alle Ähnlichkeiten der Situation in El Salvador mit der mexikanischen Realität sind das Produkt einer konservativen Politik, die die mittelamerikanische Region durchdringt.

* Die Autorin ist Leiterin der mexikanischen Nachrichtenagentur CIMAC.

Quelle: [poonal 938](#)

[Zurück zur Newsübersicht](#)